Dr. iur. Rebekka Holenstein Pfenninger

Die Auswirkungen der steuerrechtlichen Privilegierung von Kapitalleistungen aus Vorsorge auf die verfassungsrechtliche Zielsetzung der beruflichen Vorsorge



Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XII
Materialien	XX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
1. Teil	
1. Kapitel: Einleitung	3
§ 1 Ziel der vorliegenden Arbeit	3
§ 2 Aufbau der vorliegenden Arbeit	<i>6</i>
2. Kapitel: Rahmenbedingungen	8
§ 3 Rechtliche Vorgaben in der beruflichen Vorsorge	8
I. Das Vorsorgeziel der Bundesverfassung der Schweizerischen	
Eidgenossenschaft	
II. Das Vorsorgeziel im BVG und in der BVV 3	
III. Die optimale Leistungsform	
§ 4 Ursprung der einmaligen Leistungsform und Begriffsdefinition	
I. Entwicklung der Leistungsform	
II. Der Begriff der Kapitalleistung	
1. Begriffsentwicklung im Vorsorgerecht	
2. Begriffsentwicklung im Steuerrecht	
III. Kapitalleistungen gestützt auf das Arbeitsrecht	
§ 5 Entwicklung der steuerrechtlichen Privilegierung	28
I. Bundesratsbeschluss über die Erhebung einer Wehrsteuer und über	
Erhebung eines einmaligen Wehropfers	
II. Inkrafttreten von Art. 21 ^{bis} WStB	
III. Botschaft über die Steuerharmonisierung	
Kapitalabfindungen für wiederkehrende Leistungen	
2. Kapitalleistungen aus Vorsorgeeinrichtungen	
IV. Die Besteuerung gemäss DBG	
V. Kapitalabfindungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses	
VI. Zusammenfassung	40
2. Teil	
3. Kapitel: Folgen von unzulässigen Kapitalbezügen	43
§ 6 Vorsorgerechtliche Folgen von unrechtmässigen Kapitalbezügen	
I. Bei Versicherungs- und Austrittsleistungen	
II. Bei Barauszahlungen	
III. Beim WEF-Vorbezug	
IV. Bei Leistungen aus Freizügigkeitseinrichtungen	
TV. Det Leistungen aus Freizugigkensenntentungen	+

V. Fazit	48
§ 7 Steuerrechtliche Folgen von unrechtmässigen Kapitalbezügen	50
I. Steuerumgehung	
Die Steuerumgehung im Verglich mit der vorsorgerechtlichen	
"Umgehung"	54
2. Steuerumgehung und ihr Verhältnis zum 3. Paket der 1. BVG-Revis	
3. Fazit	
II. Barauszahlung ohne Auszahlungsgrund	58
Die bundesgerichtliche Rechtsprechung	
Die Kritik an der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	
3. (Weitere) unerwünschte Folgen der bundesgerichtlichen	
Rechtsprechung	64
4. Offene Frage: Ist eine Rückführung möglich?	66
a) Anspruchsgrundlage der versicherten Person	68
aa) Anwendbares Recht	
bb) Die möglichen Rechtsgrundlagen für eine Rückführung	71
cc) Art. 5 FZG als Grundlage für eine Rückführung	72
dd) Art. 97 ff. OR als Grundlage für eine Rückführung	
ee) Fazit	
b) Rückabwicklung oder Wiedereinzahlung	
c) Steuerfolgen	
5. Fazit	
III. Unzulässige Auszahlung gemäss Art. 79b Abs. 3 BVG	
Die bundesgerichtliche Rechtsprechung	
2. Die Kritik an der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	
3. Alternative Auslegungsmöglichkeit?	88
4. Offene Fragen zum Art. 79b Abs. 3 BVG	
a) Zusätzliche/alternative Berücksichtigung der Steuerumgehung?	
b) Haftung des Arbeitgebers	
c) Steuerumgehung nach der dreijährigen Sperrfrist?	97
d) Die konsolidierte Betrachtungsweise	
5. Fazit	100
4. Kapitel: Kapitalleistungen gemäss gesetzlichen Grundlagen	102
§ 8 Leistungen im Versicherungsfall	102
I. Altersleistungen	102
1. Altersleistungen nach Art. 13 ff. BVG	102
a) Die Kündigung kurz vor dem ordentlichen AHV-Rentenalter	103
aa) Die Haltung des Gesetzgebers bb) Vorsorgerechtliche Folgen der Umgehung von Art. 37	104
Abs. 2 BVG	105
cc) Steuerrechtliche Folgen der Umgehung von Art. 37	103
Abs. 2 BVG	106
b) Bezugsformen bei der Pensionierung in mehreren Schritten	107

c) Fazit	.08
2. Kapitalbezug bei Weiterversicherung des bisherigen Verdienstes	
gemäss Art. 33a BVG	
3. Fazit	
II. Hinterlassenenleistungen	
1. Hinterlassenenleistungen in Kapitalform aus der zweiten Säule 1	
2. Besteuerung	
3. Fazit	16
III. Invalidenleistungen in der zweiten Säule 1	
1. Mögliche Kapitalabfindungsfälle 1	
2. Besteuerung1	
3. Fazit	
IV. Art. 37b DBG 1	
9 Vorzeitige Bezugsmöglichkeiten 1	
I. Vorbezug zur Wohneigentumsförderung 1	120
1. Die vorsorgerechtliche Funktion des WEF-Vorbezugs 1	122
2. Problematische WEF-Vorbezüge 1	125
a) Der WEF-Vorbezug für den Kauf der Ferien- oder Zweitwohnung. 1	
b) WEF-Vorbezug für Wohneigentum im Ausland 1	127
c) Mehrere WEF-Vorbezüge innert fünf Jahren 1	
d) WEF und Scheidung 1	133
e) Rückzahlung der Hypothek mit einem WEF-Vorbezug und die kurz	
darauf folgende Wiederaufstockung 1	135
f) Umgehung der WEF-Rückzahlungspflicht durch die Aufnahme eine	r
selbständigen Erwerbstätigkeit1	
3. Fazit	
II. Freizügigkeitsfall	
1. Die Austrittsleistung – auch eine Form von Kapitalauszahlung	
2. Der Bezug des Freizügigkeitsguthabens	
3. Fazit	142
3 10 Barauszahlungsmöglichkeiten	
I. Definitives Verlassen der Schweiz	
1. Einkauf kurz vor definitivem Verlassen der Schweiz	
2. Vorgängige Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit	
3. Rückkehr und Einkauf kurz nach definitivem Verlassen der Schweiz.	
4. Fazit	
II. Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit	
1. Der Teilbezug	156
2. Kein Verwendungszwang gemäss dem Barauszahlungsgrund	
3. Fazit	159
Kapitalleistungen mit Vorsorgecharakter aus dem Arbeitsverhältnis	
I. Kapitalabfindungen nach Art. 17 Abs. 2 DBG	
Kritik an der gesetzgeberischen Leistung	
2. Der Vorsorgecharakter von Kapitalabfindungen des Arbeitgebers	162
a) Art. 339b OR als Entscheidungshilfe	163

b) Das ESTV-Kreisschreiben Nr. 1 über "Die Abgangsentschädigur	
resp. Kapitalabfindung des Arbeitgebers"	165
c) Die bundesgerichtliche Rechtsprechung	167
aa) Altersgrenze	167
bb) Gebundenheit der Mittel	
3. Fazit	
II. Kapitalleistungen aus Wohlfahrtseinrichtungen	
Steuerbefreiung der Wohlfahrtseinrichtungen	
2. Besteuerung der Kapitalleistungen aus Wohlfahrtseinrichtungen	
Fazit III. Der Lohn- oder Besoldungsnachgenuss	
Besteuerung des Lohn- oder Besoldungsnachgenusses	
2. Fazit	
	170
5. Kapitel: Von der Rechtsprechung geschaffene Bezugsgründe für	170
Kapitalleistungen	
§ 12 Vorbezug für betriebliche Investitionen	
I. Die Begründung des Bundesgerichts	
II. Präzisierung der Rechtsprechung durch das Bundesgericht	
III. Analyse	
1. Auslegung der Bestimmung	
a) Wortlaut	
b) Die Existenzsicherung als Teilgehalt der beruflichen Vorsorge	
2. Steuerrechtlicher Aspekt	188
IV. Fazit	
§ 13 Vorbezug für "persönliche Notlage"	191
I. Die bundesgerichtliche Erwähnung	191
II. Analyse	192
Gesetzliche Grundlage	192
2. Einrichtungen der beruflichen Vorsorge als Leistungserbringer bei	einer
persönlichen Notlage?	
Wohlfahrtseinrichtungen als Leistungserbringer bei persönlicher N	
4. Fazit	
III. Steuerrechtliche Folgen	
6. Kapitel: Fehlanreize	196
§ 14 Fehlanreize anderer als steuerrechtlicher Art	196
I. Sparzwang und aufgeschobene Konsummöglichkeiten	196
II. Versicherungseffekt der Ergänzungsleistungen	197
III. Fazit	199
3. Teil	
7. Kapitel: Auswertung	205
§ 15 Zusammenfassung der Ergebnisse	

§ 16	Schlussfolgerungen	210
I.	Steuerliche Lenkungswirkung bewusst(er) nutzen	211
II.	Widerspruch zum Zwangssparen auflösen	212
III.	Dominanz des Steuerrechts im Vorsorgebereich reduzieren	213
IV.	Individualisierung nicht fördern	215
V.	Falsche Anreize anstatt die Kapitalleistung abschaffen	217
VI.	Zukunftsaussichten	219